

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

2.7.1929 (No. 150)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeigen
Chefredakteur
E. Krenn,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 cm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferter Rabatt, der als Rasterabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Bereifung der Zugmaschinen ohne Güterladerraum

Nach der Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr müssen Zugmaschinen ohne Güterladerraum, deren betriebsfertiges Eigengewicht 3 Tonnen nicht übersteigt, mit Aufstreifen, solche mit einem höheren betriebsfertigen Eigengewicht mit Aufstreifen oder hochelastischen Vollgummireifen bereift sein. Nach einer Übergangsbestimmung konnten die vor dem 1. Juli 1928 zum Verkehr zugelassenen Zugmaschinen ohne Güterladerraum noch bis zum 1. Juli d. J. mit gewöhnlichen Vollgummireifen verkehren. Nach einer neuen Verordnung, die in den nächsten Tagen im Reichsgesetzblatt, Teil I, veröffentlicht wird, ist diese Frist bis zum 1. Juli 1930 verlängert worden.

Unabhängig hiervon dürfen die in land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben verwendeten Zugmaschinen ohne Güterladerraum mit einem betriebsfertigen Eigengewicht bis 2,75 Tonnen und einer Höchstgeschwindigkeit auf ebener Bahn von 8 Kilometerstunden nach wie vor mit Eisenreifen versehen sein.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann auf der Bühlerhöhe angekommen

Hd. Bühler, 2. Juli (Tel.) Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist Dienstag vormittag mit Begleitung im Kurhaus Bühlerhöhe zum Kuraufenthalt eingetroffen.

Stürmische Bauernkundgebung in Husum

WTB. Husum, 2. Juli. (Tel.) Nach mehreren ähnlichen Kundgebungen in den letzten Tagen wurde in Husum gestern nachmittags eine Versammlung der Landvolkbewegung abgehalten, um gegen die Verurteilung des Landvolkführers Wilhelm Hamkens, M. d. R., der wegen Aufreizung zum Steuerstreik zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war, zu protestieren. Hamkens wandte sich gegen die Regierung und bezeichnete als Hauptziel der Landvolkbewegung „die Bekämpfung und Beseitigung des sibiisch-parlamentarischen Systems“. Seine Ausführungen und die der übrigen Redner wurden wiederholt von tosendem Beifall unterbrochen. Zum Schluss der Versammlung bildeten die Versammlungsteilnehmer, etwa 300 Landwirte, einen geschlossenen Zug, um Hamkens ins Gefängnis zu geleiten. Eine von Landjägern- und Polizeibeamten gebildete Polizeistreife in der Theodor-Strom-Straße wurde von der Spitze des Zuges überrannt und unter lauten Rufen bis zum Amtsgerichtsgebäude zurückgedrängt. Die sich vergebens zur Wehr sehenden Beamten nahmen vor dem Portal des Amtsgerichtsgebäudes Aufstellung. Aus der Menge wurden Rufe laut „Schießen! Schießen!“. Nachdem Hamkens in das Gerichtsgebäude eingetreten war, sang die Menge das Deutschlandlied, worauf sie sich zerstreute. Nach Abzug der Landwirte traf ein Kommando der Schutzpolizei aus Schleswig im Auto zur Verstärkung ein, brauchte aber nicht mehr in Tätigkeit zu treten.

Sühne für die Mordtat eines Franzosen in der Eifel

WTB. Trier, 2. Juli. (Tel.) Das Schwurgericht verurteilte gestern den aus Volbringen stammenden französischen Staatsangehörigen Peter Michel, der am 6. Dezember v. J. in Großlangensfeld in der Eifel die Ehefrau des Arbeiters Heinen in Gegenwart ihres vierjährigen Sohnes bergewaltig und in bestialischer Weise ermordet hatte, zu 15 Jahren Zuchthaus. Der Staatsanwalt hatte die Todesstrafe beantragt; das Gericht nahm jedoch an, daß die Tat nicht mit Überlegung ausgeführt wurde.

Frankreich isoliert

WTB. London, 2. Juli (Tel.) Außer Deutschland und Belgien hat jetzt auch Italien dem britischen Vorschlag zugestimmt, die Reparations- und Rheinlandkonferenz in London abzuhalten. In England scheint man zu wünschen, daß (wie bei der Daweskonferenz von 1924), die Staatsmänner und Sachverständigen gleichzeitig die politischen und finanziellen Fragen behandeln. Davon würde namentlich die Räumungsfrage Vorteil haben.

Danzig gibt Polen deutliche Antwort

Präsident Sabin hat auf den Einspruch der polnischen diplomatischen Vertretung in Danzig wegen der Treueuntergebungen am 28. v. M. dem Minister Strasburger eine Note übermittelt, in der er zum Ausdruck bringt, daß es sich bei den erwähnten Kundgebungen um einen elementaren Ausbruch der Trauer handle, die die Bevölkerung der Freien Stadt Danzig, die gegen ihren Willen vom Vaterlande abgetrennt sei, aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Versailler Vertrages aufs tiefste bewegt habe. Im übrigen sei bei den Veranstaltungen nichts vorgekommen, was zu der Annahme berechtigen könnte, daß die Freie Stadt Danzig sich der bisher streng befolgten lokalen Erfüllung der bestehenden Verträge, insbesondere auch der Republik Polen gegenüber, entziehen wolle. Der Danziger Senat müsse gegen den Inhalt der Note der polnischen diplomatischen Vertretung, sofern ihm Vorhaltungen wegen seiner Einstellung zum Versailler Vertrag gemacht werden sollen, ausdrücklich Verwahrung einlegen.

Letzte Nachrichten

Zuerst die Reichskasse, dann erst Steuersenkung

Der Finanzausgleich soll hinausgeschoben werden

M. Berlin, 2. Juli. (Priv.-Tel.) In politischen Kreisen wird der Beschluß der Deutschen Volkspartei über die künftige Gestaltung der Finanzpolitik als eine Bestätigung für die Auffassung angesehen, daß die Regierungsparteien keinen Einspruch mehr dagegen erheben, die Ersparnisse aus dem Youngplan wenigstens im ersten halben Jahr der Reichskasse zuzulassen zu lassen und die Steuersenkung zurückzustellen. Man rechnet infolgedessen damit, daß der eigentliche Kampf um die Finanzreform und damit um den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern auf das nächste Frühjahr verschoben werden wird.

Die unkämpfte Arbeitslosenversicherung

M. Berlin, 2. Juli. (Priv.-Tel.) Der Sachverständigenausschuß für die Reform der Arbeitslosenversicherung tritt am Dienstag zusammen. Nach den bisherigen Vorbereitungen werden die Aussichten nicht besonders günstig beurteilt, auch rechnet man mit einer Dauer von mindestens 4 Wochen, zumal sowohl die Frage der Beitragserhöhung wie der Ausschaltung der Saisonarbeiter umstritten ist. Es gilt als möglich, daß zwei verschiedene Gutachten erstattet werden. Das Reichsarbeitsministerium hätte dann unter Berücksichtigung beider Gutachten einen Beschlentwurf auszuarbeiten.

Gegen die Erhöhung der Eisenbahntarife

M. Berlin, 2. Juli. (Priv.-Tel.) Das Reichsverkehrsministerium sowohl wie auch das Kabinett stehen jeder Erhöhung der Tarife der Reichsbahn ablehnend gegenüber. Wie verlautet, soll am Dienstag der Verwaltungsrat der Reichsbahn zur Tariffrage Stellung nehmen.

Die englische Thronrede zur Räumung Die Flottenabrüstung

WTB. London, 2. Juli. (Tel.) Die heute im Oberhause bei der Eröffnung des Parlaments vom Vordanzler verlesene Thronrede beginnt mit der Zuversicht des Königs auf völlige Wiederherstellung seiner Gesundheit und mit dem Dank für das ihm während seiner langen Krankheit bewiesene Mitgefühl. Die Thronrede kommt dann auf das Ergebnis der Pariser Konferenz zu sprechen und fährt fort: Eine Regelung des Reparationsproblems wird die Befriedigung in den Stand setzen, die Räumung des Rheinlandes vorzunehmen (englisch: to proceed with).

Mit dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika haben über die Frage der Flottenabrüstung Besprechungen begonnen. Demzufolge hat meine Regierung die erste Öffnung, im Zusammenwirken mit meinen Regierungen in den Dominionen, der Regierung Indiens und den Regierungen der auswärtigen Mächte, eine baldige Verminderung der Rüstungen in der ganzen Welt sicherstellen zu können. Meine Regierung ist der Ansicht, daß die Zeit gekommen ist, um internationale Meinungsverschiedenheiten, in denen die Parteien mit Bezug auf ihre Rechte im Streit sind, einer Regelung auf dem Rechtswege zu unterbreiten. Zu diesem Zwecke vertritt sie jetzt mit meinen Regierungen in den Dominionen und der Regierung Indiens über die Unterzeichnung der Fakultativklausel, die in dem Statut des ständigen internationalen Gerichtshofes enthalten ist.

Breitfeld über Rhein- und Saarfrage

WTB. Paris, 2. Juli. (Tel.) „Populaire“ veröffentlicht den Wortlaut der Rede, die Reichstagsabgeordneter Dr. Breitfeld bei der Einweihung des sozialistischen Parteihauses in Paris gehalten hat. In dieser Rede äußerte sich Breitfeld über die Rhein- und Saarfrage, wie folgt: Wir sind vor allem davon überzeugt, daß die französischen, englischen und belgischen Sozialisten mit den deutschen darüber wachen werden, daß die Staatsmänner zu einer Lösung gelangen, die einen bedeutenden Fortschritt auf dem Wege darstellt, der zu einer endgültigen Beruhigung der Welt führen kann. Gestützt auf unsere früheren Erfahrungen sind wir sicher, daß auch diesmal unsere politischen Glaubensgenossen mit uns die Räumung des Rheinlandes und ferner wenigstens die Vorbereitung der Räumung des Saargebiets fordern werden, ohne Deutschland eine neue Kontrolle aufzuzwingen zu wollen, woraus sich nur neuer Argwohn und neue Unzufriedenheit ergeben würde, eine Kontrolle, die letzten Endes nur der Agitation der deutschen Nationalisten dienen würde. Die Sachverständigen haben erklärt, daß man den Krieg liquidieren müsse. Ja, man muß ihn für immer liquidieren.

\* Zur außenpolitischen Lage

Zweifellos hat sich durch den Ausfall der englischen Wahlen, durch die Umbildung der englischen Regierung ein bedeutender Wandel der gesamten außenpolitischen Lage vollzogen. Es ist eben ein grundlegender Unterschied, ob die Regierung einer Großmacht im Fahrwasser einer anderen Großmacht segelt, oder ob sie selbständige Politik treibt. Und es ist ein grundlegender Unterschied, ob zwei Nationen, die miteinander eines Stammes sind, im wesentlichen dieselbe Kultur haben und dieselbe Sprache reden, wie Raß und Hund zueinander stehen, oder ob sie Hand in Hand gehen.

Das Charakteristikum der außenpolitischen Lage war bis zu den englischen Wahlen die Hinneigung Englands zu Frankreich und die wachsende Verschlechterung der Beziehungen zwischen London und Washington. Das neue englische Kabinett Macdonald hat mit einem Schlag diese Situation verändert und rund das Gegenteil von dem als notwendig und nützlich proklamiert, was bisher die konservative britische Regierung gewollt hatte. Natürlich läßt sich die Auswirkung einer solchen Wandlung nicht immer sofort in einer für den aktiven Teil erfreulichen und umfassenden Weise feststellen. Zumal in Nordamerika scheint die öffentliche Meinung noch immer recht verärgert zu sein. Und was das offizielle Nordamerika anlangt, so wäre es zwar über beraten, wenn es den Freundschaftsverbindungen Macdonalds kein Entgegenkommen bezeigen würde, aber auch die Haltung der nordamerikanischen Regierung vertritt noch immer eine gewisse Vorsicht.

Wie aus Äußerungen des nordamerikanischen Zeitungsmagnaten Hearst hervorgeht, glaubt man drüben noch nicht so recht an die Befreiung Englands vom französischen Einfluß. Man befürchtet, daß England doch wieder den französischen Lockungen folgen und durch Frankreich — Hearst nennt es das Schreckenskind Europas — in neue Kriege verwickelt werden könnte. Derartige Friege würden nach der Ansicht Hearsts von den Dominionen nicht mehr mitgemacht werden. Nun, man braucht diese Auffassung nicht zu teilen. Ganz offensichtlich bemüht sich Hearst, künstlich Gegensätze zwischen dem englischen Mutterland und den Dominionen zu konstruieren, um diese Gegensätze dann zum Besten Nordamerikas ausnutzen zu können. Aber richtig ist und bleibt das eine, daß die Dominionen in Zukunft der englischen Außenpolitik schärfer auf die Finger sehen werden, und daß ihre Bereitwilligkeit, Kriege mitzumachen, deren Gewinn womöglich wieder nur anderen zugute kommt, heute außerordentlich gering ist. Man darf eben nicht vergessen, daß überall dort, wo englisch gesprochen wird, die ganz richtige Überzeugung vorherrscht, daß England, im ganzen betrachtet, durch den Weltkrieg doch mehr Verluste als Gewinne gehabt hat, und daß der wirkliche Gewinner allein Frankreich ist.

Es kann dem Engländer nicht gleichgültig sein, wenn er, der diese Meinung hat, nun alle Augenblicke sehen und hören muß, daß das französische Volk selbst die Tatsache seines Glücks gar nicht begreift, und mit einer Un dankbarkeit, die manchmal geradezu empörend ist, an dem Walten des Geschicks herumrörgelt. Der französische Nationalismus macht es sich dabei sehr leicht. Er identifiziert sich mit dem jüngst verstorbenen Generalissimus Foch und dessen Kriegsziele und erblickt in dem Friedensvertrag von Versailles ein für Frankreich wenig guter Kompromiß. Man weiß, wie weit die Wünsche der französischen Militärs seinerzeit gegangen sind. Aber gottlob waren ja auch noch andere Sieger da, denen man nicht zumuten konnte, daß sie ruhig zuschauen, wie Frankreich übermächtig wird. Faktisch hat der Friedensvertrag von Versailles, so wie dann unterzeichnet wurde, Frankreich eine Machtvergrößerung eingetragen, die, objektiv gesehen, ganz gewaltig ist. Wenn sie dem von ausschweifenden Träumen geplagten französischen Nationalismus nicht genügt, dann ist das lediglich ein Beweis dafür, daß alle unbefangenen Ausländer recht haben, welche Frankreich als das „Schreckenskind Europas“ bezeichnen.

Der französische Nationalismus ist letztlich schuld daran, daß Poincaré von neuem sich als Vorkämpfer an die Regierung in Washington wenden mußte und dort einen Korb erhielt. Mit einer sehr bezeichnenden Promptheit hat Washington das Ersuchen um ein Moratorium in Sachen der 407 Millionen Dollars abgelehnt. Vielleicht wird diese Ablehnung die Gemüter der französischen Deputierten etwas abkühlen.

In der Frage der Rheinlandräumung hat sich die britische Regierung offenbar bereits auf ganz bestimmte Beschlüsse geeinigt: man will englische Truppen nicht länger als bis zum 1. September, das heißt, bis zum Tage, an welchem der Youngplan in Kraft treten würde, am Rhein belassen. Zeitungsnachrichten, die davon zu melden wußten, daß auch von französischer Seite aus die Koblenzer Zone bis zum 1. September geräumt werden wird, haben sich als nicht richtig erwiesen. Tatsache ist das eine, daß die britischen Truppen am Rhein keine Sommermanöver mehr abhalten werden. Über die Haltung Frankreichs ist indessen noch nichts Genaues bekannt. Gewiß wird man im Hauptquartier der französischen Besatzungsarmee heute schon für alle Fälle die Pläne für die Räumung ausarbeiten, da ja immerhin mit ihr zu rechnen ist. Aber ebenso glaubhaft ist es, wenn behauptet wird, daß die französischen Militärs der Besatzungsarmee eine Denkschrift an die französische Regierung gerichtet hätten, in welcher sie die Aufrechterhaltung der Besetzung des Rheins als eine Voraussetzung für die französische Sicherheit empfehlen.

### Die Deutsche Volkspartei zur künftigen Finanzpolitik

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer letzten Sitzung am 27. Juni einstimmig eine Entschließung zur künftigen Gestaltung der Finanzpolitik gefaßt und darin u. a. zum Ausdruck gebracht:

Bei der Gestaltung der künftigen Finanzpolitik verdienen die finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Ländern die größte Beachtung. Das Kernproblem eines jeden Finanzausgleiches ist die Verbesserung parlamentarischer Wirtschaft auch in Ländern und Gemeinden. Dazu muß mit allen Kräften auf die Schaffung einer Höchstgrenze für die Überweisungsstimmungen hingearbeitet werden. Da die Fraktion die Höhe der Realsteuern, insbesondere ihre verberbliche Wirkung auf den gewerblichen Mittelstand und die Landwirtschaft, mit großer Sorge verfolgt, so schreift sie außerdem dem Gedanken einer reichsgesetzlichen Begrenzung der Realsteuern nicht zurück.

Aber auch die Überspannung der anderen direkten Steuern ist nicht länger erträglich. Sie hat ausreichende Kapitalbildung verhindert und darüber hinaus zu einer bedenklichen Abwanderung von Kapital geführt, also zu Gefahren für Gütererzeugung und Beschäftigungsgrad. Sie hat bewirkt, daß breite Schichten unseres Volkes nicht mehr den Lebenspielraum haben, der ihnen nicht mehr den kulturellen Aufstieg ermöglicht. Die Fraktion ist der Ansicht, daß diesen Folgen der Überlastung des Steuerzahlers nur durch Lastenabbau zu begegnen ist.

Für den Fall neuer Tributvereinbarungen verlangt die Fraktion, daß die entstehenden Erleichterungen nicht zur Finanzierung neuer Ausgaben, vielmehr zutreffend zur Senkung von Steuern und Lasten verwendet werden.

### Der Deutsche Lehrerverein zum preussischen Konkordat

Der Deutsche Lehrerverein hat in seinen Entschließungen in Düsseldorf und Dresden erklärt, daß er das in Aussicht genommene preussische Konkordat aufs schärfste bekämpfen werde, wenn es Bestimmungen über die Schule enthalten sollte. Der Deutsche Lehrerverein und der Preussische Lehrerverein erklären jetzt, daß in dem jetzt vorliegenden Vertrag zwar Bestimmungen über die Schule nicht ausdrücklich enthalten sind, daß aber trotzdem die Schule durch zahlreiche Bestimmungen unmittelbar und mittelbar stark getroffen wird.

Sie erklären weiter: der erste Artikel, in dem der Staat der Freiheit der Ausübung der katholischen Religion den geschützten Schutz gewährleistet, bietet der katholischen Kirche rechtlich die Möglichkeit, unter Berufung auf das kanonische Recht auch die Schule, sowohl nach ihrem Geist wie in ihrer äußeren Einrichtung, und die Lehrerbildung zu beeinflussen. Die in Artikel 5 der Kirche ausdrücklich gewährleisteten Eigentumsrechte bedeuten eine Erschwerung, Verzögerung und Verletzung der Trennung der vereinigten Schul- und Kirchenämter. Artikel 9 und 10 machen es möglich, daß zukünftigen Geistlichen, die ihre Ausbildung auf rein kirchlichen Anstalten oder auf außerdeutschen Hochschulen erhalten, eine Einführung in das deutsche Kulturgut vorenthalten wird. Es bedeutet für das deutsche Bildungswesen eine schwere Gefahr, wenn so vorgebildete Geistliche als Religionslehrer oder geborene Mitglieder der Schulvorstände tätig sind und in dieser doppelten Eigenschaft einen überaus starken Einfluß geltend machen können. Die Bestimmungen über die katholischen Fakultäten bedeuten den Anfang einer Akrilalisierung der Hochschule, die auch auf alle übrigen Schulen verhängnisvoll wirken muß. Der Deutsche Lehrerverein und der Preussische Lehrerverein müssen deshalb von ihrem Standpunkt aus auch dem vorliegenden Vertrag ablehnen.

### Das preussische Staatsministerium an den evangelischen Oberkirchenrat

Auf das Schreiben des Evangelischen Oberkirchenrates an das preussische Staatsministerium, worin jener im Auftrag des Kirchenrats unter Bezugnahme auf den Beschluß der Generalversammlung die unverzügliche Wiederaufnahme der abgebrochenen Verhandlungen mit der evangelischen Kirche forderte, hat nunmehr der Kultusminister im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, das preussische Staatsministerium sei bereit, alsbald nach der Verabschiedung des dem Landtag zugeleiteten Vertrages des Freistaates Preußen mit dem H. Stuhl in weitere Verhandlungen mit dem Kirchenrat und dem evangelischen Oberkirchenrat einzutreten.

Dazu schreibt der Evangelische Kirchenrat u. a. folgendes: „Das Schreiben des Kultusministers bedeutet eine erneute Ablehnung der von der Generalversammlung geforderten Gleichzeitigkeit der Regelung der Beziehungen zur evangelischen Kirche im Falle der Annahme des Konkordats. Auch sonst erhebt der Evangelische Kirchenrat eine Anzahl Einwendungen gegen das Schreiben des Ministers.“

**Unterredung Giesch-Briand.** Votschaffter von Giesch hatte am Montagabend eine einstündige Unterredung mit dem Minister des Äußeren, Briand. Diese Unterredung diente der Besprechung der durch die Vorbereitung der bevorstehenden Regierungskonferenz aufgeworfenen Fragen.

**Klara Zetkin will nicht nach Moskau gehen.** Klara Zetkin wandte sich laut „Vorwärts“ in einem Brief an den russischen Votschaffter in Berlin, worin sie als Antwort auf eine Aufforderung, nach Moskau vor das Gericht der dritten Internationalen zu erscheinen, die Mitteilung macht, daß sie diese Aufforderung ablehnt.

### Gegen eine neue Rheinlandkontrolle!

Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat im Reichstag kürzlich erklärt, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Rheinlandräumung die Einsetzung einer dauernden Verleihungskommission im Rheinland für das Deutsche Reich außerhalb jeder Diskussion stehe. Die Redner aller Parteien haben diesen Standpunkt des Außenministers geteilt.

Was sollte denn auch eine neue und dauernde Rheinlandkontrolle? Die französische Sicherheit ist, abgesehen von der praktischen Unmöglichkeit einer Bedrohung durch das entpörrerte Deutschland, auch heute noch durch das raffinierte Kontrollsystem des Versailler Vertrages geschützt. Artikel 218 bestimmt, daß Deutschland verpflichtet ist, jede Untersuchung zu dulden, die der Rat des Völkerbundes mit Mehrheitsbeschluß für notwendig erachtet. Diese Kontrolle erstreckt sich auf das gesamte Reichsgebiet, insbesondere auch auf die entmilitarisierte Zone. Außerdem ist in Locarno vertraglich durch die Vergleichskommission die Möglichkeit geschaffen worden, alle strittigen Fragen in einem genau geregelten Verfahren einer friedlichen Lösung zuzuführen. Wozu bedarf es also nach der Räumung noch einer weiteren Kontrolle mit dem schönen Namen Bestellungs- und Verleihungskommission?

Auch die geplante Zusammensetzung der Kommission müßte Bedenken erregen. Denn in ihr sollen keine Neutralen vertreten sein, sondern die beteiligten Mächte werden mehr oder minder zu Richtern in eigener Sache. Gewiß auch ein Deutscher soll in der Kommission Sitz und Stimme haben, aber es ist klar, daß er mit seinem Votum stets in der Minderheit bleiben würde. Frankreich sucht durch diese Kommission einen Ersatz für jene „händigen Elemente“ in der entmilitarisierten Zone, die nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund (am 11. Dezember 1920) aus dem Kontrollsystem des Völkerbundes entfernt wurden. Es möchte sich mit der Einsetzung der Kommission auch für die Zeit nach der Rheinlandräumung den Weg zur Intervention offen lassen. Das Rheinland besitzt ein besonders ausgedehntes Verkehrsnetz und eine wertvolle Industrie mit qualitativen Spitzenleistungen. Unter dem Vorwand militärischer Beanstandungen könnte eine solche Kommission den industriellen Fortschritt und die Entwicklung von Handel und Verkehr im deutschen Westen erheblich beeinträchtigen.

Auch die politischen Parteien des Rheinlandes haben deshalb in einer gemeinsamen Entschließung die Errichtung einer neuen, dauernden Kontrollkommission zurückgewiesen, in der sie sagen: Die rheinische Bevölkerung lehnt eine solche Kontrollkommission einmütig und einschränkunglos ab. Hierin ist sie sich einig mit dem ganzen deutschen Volke!

### Die Tarifpolitik der Reichsbahn

Anläßlich eines Empfangs im Kölner Rathaus zu Ehren des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, die in Köln eine Tagung abhielt, hielt der Präsident des Verwaltungsrates v. Siemens eine Rede, in der er u. a. ausführte, daß das Jahr 1928 aus finanziellen Sorgen und Kämpfen bestanden habe, um für die neu aufgeworbenen Lasten einen Ausgleich zu finden. Das Mittel der Tarifserhöhung sei ein zweischneidiges und dürfe nur im äußersten Notfall angewandt werden. Die Reichsbahn habe im Interesse der Entlastung der Tarifhöhe auf den Gebieten, in denen sie über Verhandlungsfreiheit verfüge, wesentliche Ersparnisse gemacht. In den Tarifverhandlungen erklärte der Redner, es sei jetzt noch zu früh über die Konsequenzen zu sprechen; die sich aus einer evtl. Annahme des Youngplans ergeben könnten. Die Einnahmen im ersten Halbjahr seien nicht höher als im Vorjahr, aber neue Lasten seien der Gesellschaft in erheblichem Maße auferlegt worden. Wenn die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, so schloß der Redner, von den wechselnden Einflüssen befreit bleibe, dann werde sie am besten mitarbeiten können an der Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wirtschaft.

### Die Unterbrechung der Rheinschifffahrt

Die „Basler Nationalzeitung“ lenkt erneut die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Unterbrechung der schweizerischen Rheinschifffahrt durch die Wehrbauten von Kembs und sagt, daß nicht die seit Jahren bekämpften Schwierigkeiten der Rheiner Schwelle, sondern ein künstlich geschaffenes Hindernis trotz des jetzt günstigen Wasserstandes die Schifffahrt nach Basel stilllege. Statt der großen Rheintäler und der Schleppdampfer kämen nur kleine Kanalschiffe im Basler Hafen an, weil bisher noch kein Schleppdampfer es gewagt habe, die Durchfahrt durch die Reihe der Wehrpfeiler zu versuchen. Die Schleppdampfer mit ihrer Breite von 20 bis 22 Meter könnten die Wehröffnungen mit 30 Meter nur schwer passieren, zumal auch die durch den Bau entstandene Strömung die Fahrzeuge in größte Gefahr bringe. Durch die vom badischen Staat her erfolgte Einengung sowie durch die Betonpfeiler sei eine Strömung entstanden, die einmal wesentlich rascher sei und dann eine dem natürlichen Talweg des Rheins zuwiderlaufende Richtung aufweise. Der durch die Unterbrechung der Schifffahrt entstandene Schaden sei schon jetzt gewaltig. Sachverständige hätten schon von vornherein bei Verteilung der Bauten für den französischen Rhein-Seitenarmal und das Rheinwehr bei Kembs auf die zu geringe Breite der Wehrpfeiler hingewiesen. Durch die Verengung über den Rhein-Rhône-Kanal werde die Ware wesentlich verteuert als bei der Verfrachtung über den offenen Rhein. Die obgenannte Zeitung spricht von einer Wahrung der bestehenden Rechte der Schweiz auf freie Schifffahrt und hofft, daß die Bemühungen des Bundesrats, den freien Strom offenzuhalten, von Erfolg begleitet sein möchten.

### Reichsminister Dr. Wirth über Friede und Freiheit

Bei der Einweihung der Jugendherberge auf dem Söhlberg sprach, wie schon kurz berichtet, der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth. Aus seinen Ausführungen wäre noch nachträglich folgendes hervorzuheben:

Der Jugend muß man wünschen, daß sie nie ein schredliches Unglück erleben möchte wie den Weltkrieg, dessen Folgen sie ohnedem noch lange verspüren wird. Heute, da man so viel von Weltfrieden spricht, sollte das Wort Friede nicht aufs Papier geschrieben sein, sondern sobald als möglich in die Tat umgesetzt werden, was gleichbedeutend mit der unbegrenzten Räumung des besetzten Gebietes ist. Wir hoffen auf einen guten Ausgang der Verhandlungen mit unseren ehemaligen Feinden. Da drüben in Rehl sehen wir die französischen Soldaten mit ihren Bajonetten. Nicht mit Gewalt können wir sie vertreiben. Aber um das besetzte Gebiet zu befreien übernehmen wir wieder Opfer, an denen auch die Jugend noch zu tragen haben wird. Das vor uns stehende Werk ist ein Erfolg aller Stände, besonders der deutschen Arbeiterschaft. „Freiheit durch Arbeit“. Durch gemeinsame Arbeit ist dieses Werk zustande gekommen. Möge die Jugend, wenn uns in Deutschland wieder volle Freiheit beschieden ist, sich jederzeit einigend sein, daß diese Freiheit durch Arbeit erkauft wurde.

### Tagung des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes

Das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes ist am Montag in Genf unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. von Treubenberg zu einer neuen Tagung zusammengetreten, auf der die Frage der Fortsetzung der bisherigen Erhebungen über Rohstoffe, Güter und Zement im Hinblick auf die Zweckmäßigkeit und Möglichkeit internationaler Aktionen zur Befestigung der Krisenentscheidungen auf diesen Märkten zur Erörterung steht. Die Rohstoffkommission soll nach einem Beschluß durch gemischte Sachverständige aus den Unternehmer- und Arbeiterverbänden wie auch aus den Verbraucherländern fortgesetzt werden. Diese vorbereitende Tagung ist auf den 30. September angesetzt. Einen weiteren Beratungsgegenstand des Wirtschaftskomitees in dieser Tagung bildet die Frage, auf welche Weise den Empfehlungen des Wirtschaftskomitees über die Zuziehung landwirtschaftlicher Sachverständiger zu den laufenden wirtschaftlichen Arbeiten des Völkerbundes Folge gegeben werden kann.

### Kurze Nachrichten

**Wiederaufnahme eines Separatistenprozesses.** In der nächsten Zeit wird in Mainz ein großer Separatistenprozeß abgemacht entrollt werden. Es handelt sich um eine Berufungsverhandlung eines gewissen Kiefer, der 1926 zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden war, weil er in den Unruhen des Jahres 1923 als Anhänger der separatistischen Bewegung zwei Deutsche erschossen hatte. Das Urteil wurde von allen Instanzen bestätigt. Jetzt erst wieder hat Kiefer Berufung eingelegt. Es wurde beschlossen, die Verhandlung wieder aufzunehmen, nachdem Kiefer einige Führer der damaligen Separatistenbewegung namhaft gemacht hat, die als Zeugen aufzutreten sollen und die in dem früheren Prozeß noch nicht vernommen worden sind. Das Aufstauen dieser Namen in dem bevorstehenden Prozeß wird wahrscheinlich in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit auslösen und Aufsehen erregen.

**Die „Todeslegung“ von Basel.** Der Kanton Basel-Stadt, der am 12. Mai als einziger Schweizer Kanton die eidgenössische Schnapsinitiative mit Totalakzision angenommen hatte, hat in kantonalen Abstimmung über die Teilrevision des Wirtschaftsgesetzes (Verbot des Morgenschnaps und der Anmerkneipen) dieser Vorlage mit 10 001 Stimmen gegen 8669 Neinstimmen zugestimmt. Die Stimmbeteiligung betrug rd. zwei Fünftel. Alle Parteien mit Ausnahme der Bürger- und Gewerbetarbei hatten eine zustimmende Parole ausgegeben.

Das neue amerikanische Einwanderungsgesetz, kraft dessen die Einwanderungsquote doppelt so groß ist, wie diejenige von Deutschland und Irland, ist in Kraft getreten.

### Probefahrten des Doppeldeckerflugmotors

Wie wir erfahren, sind jetzt die Motoruntersuchungen an den Doppeldeckerflugmotoren abgeschlossen. Es darf wohl angenommen werden, daß der Luftschiffbau nunmehr, sobald von den Sachverständigen ein abschließendes Urteil gefällt worden ist, die Ursachen beunruhigend wird. Zur Zeit werden nun die Motoren wieder in das Luftschiff eingebaut. Man rechnet damit, daß etwa zwischen 10. und 20. Juli die ersten Probefahrten stattfinden werden. Hieraus ist also zu entnehmen, daß die Weltfahrt nicht vor Ende Juli oder Anfang August angetreten werden wird. Der zweite Fahringerieur wurde ist bekanntlich mit einigen Motoren nach Tokio abgereist, wo er etwa Ende Juli eintrafen dürfte.

Generaldirektor Dr. Golsmann nahm in einem Abschiedsschreiben an seine Mitarbeiter offiziell Abschied.

### Badischer Teil

#### Das Flugbootunglück auf dem Bodensee

In einem Teil der Presse wurde der Kapitän des Bodenseebombbootes „Baben“ vom Kurs 74 (Lindau ab 18 Uhr, Bad Schachen an 18.15 Uhr) am Samstag angegriffen, weil er es trotz Aufforderung schuldbefreiungsweise abgelehnt habe, dem in den See gestürzten Flugzeug sofort zu Hilfe zu kommen. Die Reichsbahninspektion Karlsruhe hat die Untersuchung hierzu wegen sofort eingeleitet und wird die Öffentlichkeit vom dem Ergebnis schnellstens unterrichten. Zur Verhütung der Allgemeinheit sei erwähnt, daß die Verwaltung von ihrem Personal unbedingt alles verlangt, was Menschspflicht bei Unglücksfällen auf dem See gebietet.

#### Der Universität Heidelberg

Sind anläßlich des Todes ihres Direktors, Professor Heinsheimmer, so viele Kundgebungen der Anteilnahme an diesem Verlust und der Verbundenheit mit der Ruperto-Carola zugegangen, daß persönliche Antworten unmöglich wird. Rektorator und Senat bitten, auf diesem Wege ihren aufrichtigen Dank auszusprechen zu dürfen.

#### Aus der badischen Industrie

Weitere Betriebsstilllegungen im Wiesental. Wie der D.Z. Dienst erzählt, wird außer der Lederfabrik Krafft, die vor etwa drei Wochen ihre Stilllegung ankündigte, auch die Textilfirma Eingelien & Horn infolge finanzieller Schwierigkeiten ihren Betrieb bis auf weiteres stilllegen. Wenn auch es sich nur um eine vorübergehende Maßnahme bei beiden Firmen handelt, so zeigen diese Stilllegungen doch deutlich von der großen Notlage des Wiesentales.

#### Tagungen

**Tagung der Großhandels- und Lagerhausgenossenschaften**  
Die Tagung der Großhandels- und Lagerhausgenossenschaften in Konstanz hatte besonders Gepräge durch die Ehrung, die sie ihrem Vorsitzenden, Senator Wiesinger (Bremer) aus Anlaß seines 70. Geburtstagsteil werden ließ. Welche Bedeutung diese Berufsvereinigungen im Laufe der wenigen Jahrzehnte gewonnen haben, läßt sich aus den Zahlen der Großhandels- und Lagerhausgenossenschaft erkennen. Die Genossenschaft umfaßt nicht weniger als 61 000 Großhandels- und Expeditionsunternehmungen mit 477 000 Arbeitern und 840 Millionen Wöhnen. Es befinden sich darunter Betriebe, die bis zu 200 000 M. Beiträge an die Genossenschaft leisten (die Beiträge richten sich nach der Höhe der Löhne und werden ausschließlich von den Unternehmern getragen).

Im verflochtenen Jahr hat die Genossenschaft neun Millionen Reichsmark Umsatz erzielt, die auf die Genossenschaft umgelegt werden. Geschäftsführender Vorstand der Genossenschaft ist zur Zeit Senatspräsident Dr. Gravenhorst, ihre Zentrale Berlin. Die Konstanz Tagung, aus allen Teilen Deutschlands besucht, diente der Beratung über die vermögensrechtlichen Interessen der Berufsvereinigungen.



**Kurze Nachrichten aus Baden**

**Das Fürsorgegesetz für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte.** Das Gesetz- und Verordnungsblatt wird der nunmehrige Wortlaut des Fürsorgegesetzes für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte als „Versicherungsgesetz für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte vom 7. Mai 1929“ bekanntgeben.

**Id. Mannheim, 28. Juni.** In den Ruhestand tritt der Leiter der Mannheim-Ludwigshafener Straßenbahn, Generaldirektor Löwit, der eine 30jährige Dienstzeit hinter sich hat.

**Id. Mannheim, 29. Juni.** Das Kreisgesundheitsamt Heppenheim macht amtlich bekannt, daß die Typhusepidemie in Heppenheim zur Zeit als erloschen bezeichnet werden kann, nachdem seit dem 13. Juni nur noch ein Krankheitsfall und ein verdächtiger Krankheitsfall vorgekommen sind. Im ganzen sind 41 Typhuskranken zur Kenntnis des Kreisgesundheitsamtes gelangt.

**Id. Mannheim, 2. Juli.** Oberpfarrer Martin Schab vom Mannheimer Landesgefängnis konnte am Dienstag auf eine 40jährige Seelsorgetätigkeit zurückblicken.

**Id. Mannheim, 28. Juni.** Nach längerem Leiden ist Oberingenieur Dr. Hermann Borchardt gestorben. Seit acht Jahren stand er in Diensten der Siemens und Halske A.-G., seit fünf Jahren leitete er das Mannheimer technische Büro mit Aufsicht und Geschid.

**Id. Baden-Baden, 29. Juni.** In der Unterschlagungssache, die den Rechtsanwalt Dr. Ernst Herrmann in den Tod getrieben hat, kann Positives über die Höhe der unterschlagenen Summe heute noch nicht gesagt werden, da immer noch täglich neue Forderungen und Wechsel einlaufen. Auch die beiden Familien, deren Vermögen Dr. Herrmann verwaltete, sind noch nicht über die Höhe des Schadens unterrichtet. Gerüchte wollen von einer weit höheren veruntreuten Summe als die anfangs genannte wissen. Das „Karlsruher Tagblatt“ brachte in seiner Samstagnummer eine Meldung, wonach die Unterschlagungen 4—500 000 M betragen sollen. Andere nennen solche von 700 000 M. Es wird wohl noch eine geraume Zeit vergehen, bis die Angelegenheit völlig geklärt ist und die Höhe der Verlustsumme feststeht. Wie das obengenannte Blatt weiter meldet, soll auch die eigene Familie finanziell schwer geschädigt sein. Dr. Herrmann habe sich in Baden-Baden immer als biederer Bürger und einfacher Mann aufgepielt, der wenig Bedürfnisse hat. Außerhalb der Stadt aber sei er ein Lebemann gewesen, der viele Damenbekanntschaften unterhalte, für die er große Summen aufwendete. Ob von diesen für die Geschädigten noch etwas zu retten ist, wird sich erst zeigen, wenn Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei weitere Klärheit geschafft haben werden.

**Id. Baden-Baden, 30. Juni.** Die Einweihung des Ehrenmals für die im Weltkriege gefallenen Söhne von Baden-Baden wird voraussichtlich Ende Juli stattfinden. Das Denkmal kommt auf dem Kanonenplatz in der Nähe des Schlosses Solms zur Aufstellung.

**Id. Bühl, 1. Juli.** Geistlicher Rat Rödel, lange Jahre Mitglied des Badischen Landtages, feierte am Sonntag sein 40jähriges Priesterjubiläum im engeren Kreise. Die Feier für die Pfarrangehörigen soll am nächsten Sonntag stattfinden.

**Id. Achern, 1. Juli.** Auf dem Hornsgründemassiv entzündeten eine Anzahl Turner und Turnerinnen ein mächtiges Höhenfeuer zum Protest gegen die aufgezwungene Kriegsschuldfrage. Die hundertköpfige Menge sang das Lied „O Deutschland hoch in Ehren“. Darauf sprach Professor Maier Protestworte gegen die Kriegsschuldfrage. Er ließ seine Ansprache in das Geläut ausklingen, daß stets und ständig das deutsche Volk gegen diese Lüge ankämpfen müsse bis zum Tode, bis die Töte von der Alleinschuld Deutschlands beseitigt sei. Zur Bekräftigung dieses Gelöbnisses wurde das Deutschlandlied gesungen.

**Id. Freiburg, 28. Juni.** Die Universität Freiburg hat dem Reallehrer an der Zepelin-Oberrealschule in Konstanz, Joseph Decht, für seine Verdienste um die Erforschung der kirchlichen Bauten des Mittelalters am Bodensee die Würde eines Dr. phil. h. c. verliehen.

**Id. Freiburg, 1. Juli.** Der Regimentstag des Inf.-Reg. Nr. 250, das aus dem 5. Bad. Inf.-Reg. Nr. 113 hervorgegangen ist, fand hier unter Beteiligung von 500 bis 600 ehemaligen Kameraden statt. Am Samstag fand auf dem Friedhof vor dem 113er Denkstein eine schlichte Gedenkfeier statt.

**Id. Freiburg, 1. Juli.** Die Blättermeldungen, wonach am Lorettotunnel die Arbeit seit Wochen ruhe, dürften nach unseren Informationen als veraltet zu bezeichnen sein. Jedenfalls wird seit 14 Tagen wieder voll am Lorettotunnel gearbeitet. Die Unterbrechung hing damit zusammen, daß der Auftrag der bisher ausführenden Baufirma entzogen werden mußte und einer anderen Firma übertragen wurde.

**Id. Triberg, 28. Juni.** Die Versuchsfahrt zur Vorbereitung der Schwarzwaldböden-Fernkraftposten hat ergeben, daß die vorgesehene sofortige Inbetriebnahme der Fernfahrten Baden-Walden-Triberg nicht durchführbar ist, weil bei Unterirdität die Straße für die großen Omnibusse nicht die genügende Verkehrssicherheit aufweist. Das zweite Projekt: tägliche Verbindung Nippoldsau—Freiburg wird demnächst zur Verwirklichung gelangen.

**Id. Rümelingen bei Lörrach, 1. Juli.** Der Grabstein des 1849 während der Freiheitskämpfe erschossenen Friedrich Reff, das sich auf dem Friedhof in Rümelingen befindet, soll auf Grund eines Beschlusses des Reichstages vollständig erneuert werden. Am 7. August, dem 80. Jahrestag der Erschießung Reffs soll am Grabe des Freiheitskämpfers eine größere Feier stattfinden, bei der der greise Adolf Ged, Offenburg, sprechen wird.

**Kleine Chronik**

**Nasche Justiz.** In dem Schnellverfahren gegen die Eheleute Maratoff wegen des Attentats im französischen Konsulat wurde von dem Schnellrichter folgendes Urteil gefällt: Die beiden Angeklagten erhalten je zwei Monate Gefängnis wegen Bedrohung und unerlaubten Waffenbesitzes.

**Einstellung des Strafverfahrens gegen Direktor Mousfang.** Das Strafverfahren gegen den bisherigen Direktor der Staatlichen Porzellanmanufaktur, Mousfang, ist eingestellt worden. Der neue Direktor, Freiherr von Schwann, tritt am 1. Juli sein Amt an.

**Das Urteil gegen Manasse Friedländer.** Das Schwurgericht Berlin hat den jugendlichen Manasse Friedländer wegen Totschlags in zwei Fällen (er hatte seinen Bruder und dessen Freund nach kurzem Streit erschossen) und wegen unerlaubten Führens und Besitzes einer Schusswaffe zu einer Strafe von 6 Jahren Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. Die Untersuchungshaft wird in vollem Umfange angerechnet.

**Schweres Autounglück.** Auf der Heimfahrt von einer Hochzeitsfeier geriet unweit von Wenden ein Auto mit angeheberten Festgästen in den Chauffeegraben und stürzte um, wobei drei Personen getötet und fünfzehn schwer verletzt wurden. Vier der Schwerverletzten schweben in unmittelbarer Lebensgefahr. Der Chauffeur, der unversehrt geblieben war, ergriff die Flucht, wurde jedoch in einem benachbarten Walde festgenommen.

**Wegen Verrats militärischer Geheimnisse verurteilt.** Aus Prag wird gemeldet: Der 48 Jahre alte Kapitän des Kavallerie Regiments Jovanovsk wurde auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik und auf Grund der Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches wegen Verrats militärischer Geheimnisse und Betruges zu Degradation und 19 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Wie die Begründung des Urteils ausführt, hatte er insgesamt 8 vertrauliche und 4 geheime Aktenstücke ins Ausland verkauft. Die Aktenstücke stammten hauptsächlich aus der dritten Abteilung des Generalstabes, der Jalout zugeteilt war. Die Sachverständigen sprachen sich dahin aus, daß durch den Verrat dem Staat bedeutender Schaden zugefügt wurde. Im Dokumentenverzeichnisse der dritten Abteilung des Generalstabes wurden auf einzelnen Dokumenten Spuren von photographischer Entzifferungsfähigkeit gefunden. Das Gericht hat trotz des Leugnisses Jalouts als erwiesen angenommen, daß Jalout diese Dokumente gleichfalls photographiert hat.

**Probefahrt der „Bremen“.** Der auf der Deschimag-Werft A.-G. Weser fertiggestellte Schnelldampfer „Bremen“ des Norddeutschen Lloyd nahm in der Nacht zum 23. d. M. seine Fahrt in See zur Prüfung der Maschinenanlage vor, die tadellos und zur größten Zufriedenheit des Erbauers des Schiffes arbeitete. Jetzt trat der Dampfer „Bremen“ seine Reise nach Southampton an, wo er zur Anbringung des Bodenanstriches in das 80 000-Tonnen-Schwimmdock gebracht wird. Im Anschluß daran findet dann eine Fahrt in die norwegischen Gewässer statt, die als die eigentliche Abnahmefahrt gelten wird.

**Staatsanzeiger**

**Bekanntmachung.**  
Die Vereinigung der Gemeinde Wallstadt mit der Stadt Mannheim.

Mit Entschliebung vom 29. Juni 1929 wurde den Beschlüssen der Stadt Mannheim und der Gemeinde Wallstadt über die Vereinigung der Gemeinde Wallstadt mit der Stadt Mannheim zu einer einfachen Gemeinde unter Aufhebung der gegenseitigen Gemarkungsgrenzen mit Wirkung vom 1. Juli 1929 auf Grund des § 4 Abs. 1 Gemeindeordnung die staatliche Genehmigung erteilt.

Die Bestimmung des Zeitpunktes für die Überleitung der Standesamts- und Grundbuchführung bleibt dem Herrn Justizminister vorbehalten.

Karlsruhe, den 29. Juni 1929.  
Der Minister des Innern  
R e m m e l e.

Der Stadtgemeinde Engen wird die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Fohlenmarktlotterie erteilt.

Karlsruhe, den 27. Juni 1929.  
Der Minister des Innern  
F. v. S c h w a r z.

**Personeller Teil**

**Ernennungen, Veretzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten**

**Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz**

**Erannt:**  
Staatsanwalt Egmont Gasser in Pforzheim zum Amtsgerichtsrat in Vahr, Gerichtsassessor Hans Schiderer aus Dieden zum Staatsanwalt am Landgericht Karlsruhe, die Gerichtsvorwalter Georg Diez beim Amtsgericht Offenburg und Valentin Köpfer beim Amtsgericht Pforzheim, die Justizinspektoren Wilhelm Klein beim Amtsgericht Karlsruhe und Theodor Weis beim Amtsgericht Freiburg zu Justizoberinspektoren, Kanzleigehilfin Käthe Mater beim Amtsgericht Karlsruhe zur Kanzlistin, der außerplanmäßige Wachmeister Hermann Hoffmann beim Amtsgericht Kattwil zum Hausmeister.

**Planmäßig angestellt:**  
Gerichtsvollzieher Friedrich Wägell beim Amtsgericht Dornbühl.

**Veretzt:**  
Gerichtsvorwalter Alfred Klein beim Amtsgericht Engen zum Amtsgericht Freiburg, Justizsekretär Wilhelm Bischoff beim Amtsgericht Adolphzell zum Amtsgericht Engen.

**Zugezogen:**  
Die Gerichtsassessoren Heinrich Goeßels und Dr. Ottmar Ulrich als Rechtsanwälte beim Landgericht Mannheim.

**Zurückgenommen:**  
Die Zulassung des Rechtsanwalts Kurt Schulze beim Landgericht Freiburg.

**Gestorben:**  
Polizeikommissar Wilhelm Manthey in Mannheim. Studentrat Alfred Eufmann, zuletzt an der Realschule in Adolphzell, am 12. Juni 1929.  
Dr. Friedrich Müller, Professor an der Kant-Oberrealschule in Karlsruhe im Juni 1929.  
Die Rechtsanwältin Dr. Ferdinand Holz in Mannheim, Ernst Gittler in Freiburg und Dr. Ernst Herrmann in Baden-Baden, Justizrat Emil Hofmann in Gießen.

**Badische Girozentrale**  
Zweiganstalt Karlsruhe  
Karl-Friedrich-Straße 1 Ecke Zirkel

**Besorgung aller Bankgeschäfte**  
insbesondere 368  
**Pflege des öffentlichen Geldverkehrs Kreditihngabe an den gewerblichen Mittelstand**

**W**ollen Sie Veränderungen in Ihrer Familie, seien es freudige oder traurige Ereignisse, Ihren Kollegen und Bekannten mitteilen, so erreichen Sie dieses durch eine Anzeige in der

**Karlsruher Zeitung**  
BADISCHER STAATSANZEIGER

Jeder badische Beamte liest sie, jede badische Staats- oder städtische Behörde nimmt davon Kenntnis

**Bruchsal.** §. 184. Güterrechtsregister. Band III. S. 198. Karl Friedrich Huber, Gastwirt in Untergrombach, und Ida, geb. Jeller. Vertrag vom 8. Juni 1929. Gütertrennung des BGB.  
Bruchsal, 25. Juni 1929. Amtsgericht I.

**Durlach.** §. 188. Güterrechtsregister. eingetragen am 26. 6. 1929: Keding, Otto, Kaufmann in Durlach, und Marie, geb. Heingel. Vertrag vom 18. Mai 1929; Gütertrennung. Amtsgericht.

**§. 187. Karlsruhe.** In dem Konkurs über das Vermögen der Firma Heinrich Reibhart & Sohn, Großhandlung, Karlsruhe, Alsterstraße 26, soll die Schlussverteilung erfolgen. Dazu sind verfügbare 5285,62 M, zu berücksichtigten sind bevorrechtigte Forderungen im Betrage von 945,20 M und nicht-bevorrechtigte Forderungen von 26 760,97 M, so daß noch 16,2 Proz. zur Verteilung gelangen. Das Schlussverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichtes Karlsruhe, Abt. A 5, auf.  
Karlsruhe, 21. Juni 1929.  
Der Konkursverwalter:  
K n o d, Rechtsanwalt.

**§. 189. Karlsruhe.** Über das Vermögen der Firma Anton Reich, G. m. b. H. in Karlsruhe, wurde am 20. Juni 1929, mittags 12 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Emil Müller, hier, Stephanienstr. 55. Konkursforderungen sind

bis zum 20. Juli 1929 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschliebung über die in § 182 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am Donnerstag, den 18. Juli 1929, nachmittags 4 1/2 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am Donnerstag, den 1. August 1929, nachmittags 4 1/2 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 1. Stock, Zimmer Nr. 48. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 20. Juli 1929 anzuzeigen.

Karlsruhe, 27. Juni 1929.  
Geschäftsstelle des Amtsgerichtes A 6.

**§. 190. Karlsruhe.** Über das Vermögen der Firma Alfred Hirschen in Karlsruhe am Ludwigsplatz, Inhaber Alfred Hirschen in Karlsruhe, am Ludwigsplatz, wurde heute vormittags 11 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Emil Frank in Karlsruhe, Kaiserstr. 154. Konkursforderungen sind bis zum 22. Juli 1929 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschliebung über die in § 182 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände u. zur Prüfung

**Badisches Landestheater**  
Mittwoch, 3. Juli  
12. Vorstellung der Schillerfeste  
**Odipus**  
Von Sophokles  
Bearbeitet von Ripmann  
Regie: Baumbach  
Mitwirkende:  
Verteam, Ermarch, Frauenhofer, Genter, Wöberl, Schreiner, Brand, Dahlen, Gemmecke, Graf, Herz, Hiel, Höder, Just, Kienicher, Rehner, Müller, Schulze, v. d. Trenck.  
Anfang 18 1/2, Ende n. 20 1/2.  
Preise A (0,70—5 M)  
Plätze im 2., 3. u. 4. Rang sind für den allgemeinen Verkauf frei gehalten.

**Brüdenumbau in Rirrlach**  
Auf Grund der Reichsverordnungsordnung für Bauleistungen (VOB) vergeben wir in öffentlichem Wettbewerb nachfolgende Leistungen und Lieferungen zum Umbau der Brücke über den Tollacher Graben in Rirrlach in 3 Losen.

Nr. 1. Abbruch- und Betonarbeiten.  
Nr. 2. Eisenlieferung u. Verlegung.  
Nr. 3. Chauffierungs- und Pflasterarbeiten.  
Zeichnungen und Bedingungen liegen auf unserm Geschäftszimmer, Stephanienstraße 51, 2. Stock, auf, woselbst auch Angebotsvordrucke abgegeben werden. Angebote sind verschlossen mit entsprechender Aufschrift bis 19. Juli, vormittags 10 Uhr hierher einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen.  
Karlsruhe, 28. Juni 29.  
Wasser- und Straßenbauamt.

**Les' Bücher**  
Wissen zu Macht!